

16. VI. 1917

211

**Für die Lehrerschaft.**

Philp stellt folgenden Antrag: Durch den für das heurige Schuljahr verfüigten früheren Schulschluß werden diejenigen ausbillsweise verwendeten Lehrpersonen, für welche die Zuerkennung der vollen Remuneration von der Ableistung einer gewissen Dienstzeit abhängt (23 Wochen), in ihren rechtlichen Ansprüchen geschädigt. Es wird daher an den Bürgermeister das Ersuchen gerichtet, dahin wirken zu wollen, daß den betreffenden Lehrpersonen für die Berechnung der Ferialdienstzeit die 15 Tage (L. bis 15. Juli) für die Zuerkennung der Ferialdremuneration in Anrechnung gebracht werden.

**Kriegszulagen für die städtischen Angestellten.**

Vizebürgermeister Hof berichtet über die Bewilligung eines außerordentlichen Zuschusses zu den Kriegszulagen für städtische Angestellte einschließlich der Lehrpersonen.

Philp bedauert, daß die Familien der emerüchten Beamten und Lehrer in die Vorlage nicht einbezogen wurden, und stellt den Antrag, der Stadtrat möge sich damit beschäftigen, daß den Familien der Emerüchten ebenfalls die Kriegszulage zuerkannt werde.

Stadtrat Hohenfurter erklärt, er sei der Letzte, der den guten Willen verkenne, der aus diesem Antrag spreche, doch sei leider die Grenze für die Kriegszulage viel zu eng gezogen, heute sei auch ein Hofrat ein armer Hund. Er schließt sich dem Antrag Philp an und erklärt, demselben mit vollem Herzen zuzustimmen.

Andreas Mayer richtet an den Berichterstatter die Frage, ob in dem in der Vorlage angegebenen Grenzbetrag von 7000 K. auch das Quartiergeld inbegriffen sei.

Vizebürgermeister Hof erwiderte in seinem Schlußwort, daß in die Einkommengrenze von 4800 Kronen das Quartiergeld nicht eingerechnet sei, so daß die Zulagen bis zu den Bezügen von 7000 K. gewährt werden. Die Gemeinde glaube, daß mit höheren Beträgen bei Sparsamkeit das Auslangen gefunden werden könne, doch werde sie gewiß auch hier eingreifen müssen, wenn sich die Verhältnisse in der Zukunft noch schwieriger gestalten sollten.

Die Anträge des Berichterstatters werden sodann angenommen, der Antrag Philp findet genügende Unterstützung und geht an den Stadtrat.

Vizebürgermeister Hof legt sodann den Bericht über Zuschüsse und Lohnerhöhungen für die Bediensteten der städtischen Gaswerke und der städtischen Elektrizitätswerke vor.

Beide Anträge werden ohne Debatte genehmigt. Nach einem Antrag des Vizebürgermeisters Hof wurde weiter für Zuschüsse im städtischen Gaswerk für das Verwaltungsjahr 1916/17 zu dem bereits genehmigten Nachtragskredit von 26,000 K. ein weiterer Nachtragskredit von 30,000 K. bewilligt.